

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 145.

Mittwoch den 25. Juni 1930.

88. Jahrgang.

## Deutschland

Berlin, 23. Juni. Die Deutsche Volkspartei denkt daran, wenn es zu keiner Einigung über die Finanzfrage kommen sollte, Reichsaussenminister Dr. Curtius aus dem Kabinett zu entlassen.

**Vortrag über die industrielle Situation in England.**  
Stuttgart, 23. Juni. Vor einem kleineren Kreis geladener Gäste sprach heute nachmittags im Festsaal der Handelskammer Herr Kenzie Smith-London, parlamentarischer Sekretär des englischen Unterstaatssekretärs Dr. Dalton, über die industrielle Situation in Great Britain. Der Redner besprach die fortschreitende Nationalisierung in England und das immer härter werdende Eingreifen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft. Die Nationalisierung der Produktion muß eine Rationalisierung der Konsumtion im Gefolge haben. Die Löhne sind nicht zu drücken, sondern zu erhöhen, damit die großen Massen lauffähig bleiben. Zum Schluß betonte der Redner, daß auch die englische Wirtschaft international verknüpft ist. Nur durch eine Weltwirtschaftspolitik, die alle Völker fördert, kann das Gedränge des einzelnen Volkes gestillt werden. Heute, 10 Jahre nach dem Krieg, hat das besetzte Deutschland 2 Millionen Arbeitslose, das freie England aber über 1 1/2 Millionen Arbeitslose. Der Krieg hat weder England noch Deutschland eine Hilfe gebracht. Beide Nationen haben viele gemeinsame Probleme zu lösen wie Arbeitslosigkeit, Rückständigkeit der Landwirtschaft, Abhängigkeit vom Weltmarkt. Wir sollten zu einer Art von Gemeinschaft kommen, um die Arbeitslosigkeit, die heutige Anarchie, die Stagnation der Wirtschaft, die Krankheit des Kapitalismus zu überwinden. Ohne internationale Gemeinschaft wird keine Lösung möglich sein. Der heilbringende Vorhänger der Handelskammer Stuttgart, Herr Kommerzienrat Fischer, sprach dem Redner den Dank der Versammlung für seine aufschlußreichen Darlegungen aus.

## Was Hitler meint.

München, 23. Juni. Hitlers „Wölkchen Beobachter“ ist auf überaus gefährlichem Boden gelandet. Nach Thüringen zeigt nun Sachsen die sich ballende Faust des erwachenden deutschen Volkes. Der Frage dort nach die Große Koalition? Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei sei heute die stärkste nicht-marxistische Partei, und ihre Parole werde weiter lauten: Gegen Marxismus und bürgerliche Reaktion! Von dieser Grundstellung aus werde der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. Man find die Wägen an der Reibe, heißt es weiter. Die strategische Aufgabe der längst fälligen bayerischen Landtagswahlen wird es sein, der brannenden Armee in ihrem Vormarsch nach Norden den Rücken zu decken. Wird die Deutsche Volkspartei sich zum Entschließen, ob sie von den Schimpfereien des Konfessors von Kardorff abtritt und sich hinter Hitlers Politik stellt? Von der Beantwortung dieser Frage wird ihr Schicksal abhängen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei wird die Führung der Regierung und vor allem das Innenministerium beanspruchen. Sachsen ist das zweite Land, das jetzt nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluß kommt.

## Eröffnung des ersten Weltkongresses.

Leipzig, 23. Juni. Vom 23. bis 26. findet hier der erste internationale Weltkongress statt, dessen Bedeutung durch die Tatsache gekennzeichnet wird, daß Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister Dietrich das Präsidium übernommen hat. Heute vormittag wurde der Kongress in einer Fest Sitzung im Neuen Theater zu Leipzig feierlich eröffnet. Reichsminister Dietrich übernahm den Vorsitz des Kongresses mit einer Ansprache, in der er zunächst die Größe und Würde des Reichspräsidenten und der Reichsregierung mit der Versicherung übermittelte, daß die Reichsregierung die internationalen Wirtschaftstagen mit dem größten Interesse verfolge. Die Wirtschaftskrise, die jetzt unser deutsches Vaterland heimsucht, werde sozusagen um die Welt. Die deutsche Volkswirtschaft gehöre zu denjenigen, die am weitestgehenden mit der Weltwirtschaft verknüpft sei. Sie könne ohne den Ausgleich mit der Weltwirtschaft überhaupt nicht bestehen. Die Weltwirtschaft sei ein wertvoller Aktivposten unserer Handelsbilanz. Sie sei aber auch für zahlreiche andere Länder wertvoll und wichtig, weil wir das Rohmaterial einzeln aus dem Ausland beziehen.

## Die Beschlüsse der Länderkonferenz.

Berlin, 23. Juni. Über die Beschlüsse der Länderkonferenz, erlähnen wir u. a.: Da die jegliche Gliederung des Deutschen Reichs in seine ganz verschiedenen großen 17 Länder als Quelle der Belastung unseres Staatswesens anerkannt ist, haben sich die Verhandlungen zunächst der Frage zugewandt, wie das deutsche Reichsgewalt zweckmäßigerweise aufgeteilt werden soll und was aus Preußen werden soll, das über zwei Drittel des Reiches darstellt. Ein Einheitsstaat ohne Gliederung des Reichs in Länder wurde vom Verfassungsausschuß der Länderkonferenz allgemein als unmöglich abgelehnt. Deshalb mußten die Verhandlungen eine zweckmäßigere Form für diese Länder und die Verteilung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern zu finden. Neben der Reichsgewalt darf eine preussische Zentralgewalt nicht bestehen bleiben. Die Reichsregierung und preussische Zentralregierung sollen vereinigt, die preussischen Ministerien von den Reichsministerien übernommen und alle preussischen Behörden Reichsbehörden werden. Das Reich selbst bleibt in Länder gegliedert. Der Verfassungsausschuß hat sich nicht entschließen können, die Länder ganz einheitlich zu gestalten. Eine besondere Behandlung Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens schein dem Verfassungsausschuß geboten. Die vier genannten Länder werden daher als Länder alter Art, die neu zu schaffenden Länder als Länder neuer Art behandelt. Hinsichtlich der Frage

der Gesetzgebung in Ländern neuer Art ist man sich noch nicht schlüssig geworden, ob der allgemeine Weg der Reichsgesetzgebung angewandt werden soll, oder ob an Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichstags oder Reichsrats nur die von den Ländern neuer Art entsandten Mitglieder treten sollen. Was die Vertretung der Länder im Reichsrat anlangt, so soll jedem Land aus 100.000 Einwohnern eine Stimme zustehen. Mit Ausnahme der Justizverwaltung, die nach wie vor den Ländern vorbehalten bleibt, soll die Zuständigkeit des Reiches auf allen lebenswichtigen Gebieten, d. h. Auswärtiges, Marine und Finanzen, erhalten bleiben. Reichsamt und Reichspost sollen ausschließlich von Reichsbehörden oder Reichsanhalten verwaltet werden. Eine Erweiterung der Gesetzgebungsrechte des Reiches wird dahin beabsichtigt, daß zur konkurrierenden Gesetzgebung des Reiches (Artikel 7 W.V.) auch das Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit und zu den Angelegenheiten der Grundgesetzgebung (Artikel 10 W.V.) das allgemeine Verwaltungsrecht, der Verwaltungsaufbau der Länder und die Gemeindeverwaltung, soweit diese zur Durchführung der Reichsaufgaben erforderlich ist, sowie das Verfassungsrecht und die Anerkennung der Prüfungen treten sollen. Was die Zuständigkeit der Länder anlangt, sollen die Länder alter Art grundsätzlich ihre bisherige Zuständigkeit behalten. Für die Länder neuer Art wird die Verfassung durch die Reichsgesetzgebung festgelegt. Eine Zuständigkeit der Gesetzgebung haben die neuen Länder nur insoweit, als sie ihnen besonders übertragen wird. Die Landesregierung soll höchstens auf die Dauer der Wahlperiode bestellt werden und braucht dabei das Vertrauen des Landtags. Die Landesorgane der Länder neuer Art soll der preussischen Provinzialverwaltung nachgebildet werden. Zur Erzielung eines möglichst fruchtbringenden Verwaltungslebens wird eine Personalunion zwischen dem obersten Reichsbeamten in einem Lande und einem Mitglied der Landesregierung der Länder alter Art empfohlen. Um eine Verwaltung von möglichst weitgehender Zentralisation in die Länder zu bringen, soll eine neue Art der Verwaltung, die Auftragsverwaltung, eingeführt werden. Die Reichsregierung soll sich an die oberste Landesbehörde wenden können mit Anweisungen aus dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit und Zweckmäßigkeit. Die Anweisungen sollen in der Regel nur allgemeiner Art sein, in besonderen Fällen jedoch auch für den Einzelfall erteilt werden. Sie dürfen sich nicht auf die Auswahl der mit der Ausführung betrauten Personen beschränken. Mit der Erledigung solcher Aufträge ist die oberste Landesbehörde der Reichsregierung verantwortlich. Die Reichsregierung hat ein Recht auf Erteilung von Auskünften, auch Akteneinsicht und zu Befragungen an Ort und Stelle. Bei den Vorschlägen des Verfassungsausschusses handelt es sich um eine organische Neugestaltung des Deutschen Reiches und dem Verfassungsausschuß wird nach Anhörung politischer Kreise der Vorschau nicht erspart bleiben, daß die Reformen Preussens Verschlagung bedeuten, oder daß Preußen an Stelle des Reichs getreten sei. Rünftiger Entscheidung soll auch vorbehalten bleiben, ob ein Bedürfnis vorhanden ist, die Länder alter und neuer Art einer dritten Länderreform zu unterziehen. Erst wenn feststeht ist, wie die Länder im Deutschen Reich künftig gestaltet sein werden und mit welcher Zuständigkeit sie ausgestattet sind, kann der Frage der Wiedereinigung in einzelnen und der Frage der Teilung der finanziellen Einnahmestellen zwischen Reich und Ländern nähergetreten werden.

## Arzt und Staat.

Berlin, 23. Juni. Vor Beginn des Arztetages in Kolberg hielt Geheimrat Dr. Alfons Stauder, der Vorsitzende der beiden ärztlichen Spitzenverbände, eine Rede über das Thema: „Arzt und Staat“. Die deutsche Ärzteschaft beantragte grundsätzlich die Aufrechterhaltung der Berufsfreiheit. Mit aller Entschiedenheit lehne sie daher eine Sozialisierung des Standes oder eine Ueberführung in ein Berufsamtentum irgendeiner Art ab, ohne dabei zu verkennen, daß sie gewisse Einschränkungen auf sich nehmen müsse. Gefordert wird eine zweckmäßige Einordnung des Arztes in die Sozialversicherung, namentlich in die Krankenversicherung, eine gerechte Würdigung der Leistungen der Arztes und Anerkennung der Schwierigkeiten, die der Kassenarzt in seiner Tätigkeit zu überwinden hat. Die Notlage der Wirtschaft verpflichtet auch die Ärzte, mit ihrer Kraft mitzuhelfen, um den Arbeitern und Angestellten die Krankenversicherung in einer der Volksgesundheit entsprechenden Form zu erhalten. Die Ärzteschaft sei bereit, an einer Neuordnung mitzuwirken, um eine Verbilligung der Krankenversicherung und möglichste Sparsamkeit in der ärztlichen Tätigkeit zu erreichen. Die im Rahmen des Sparprogramms des Reichsrats vorliegenden Gesetzesentwürfe erfüllten die Ärzteschaft mit großer Sorge, seien doch Maßnahmen vorgesehen, wie der Anfall des Krankengeldes für die ersten drei Tage, das Ausfallen des Krankengeldes neben Gehalt und die Krankeneinlegegebühr, die in ihrer Gesamtheit die Krankenversicherung entwertet. In der vorgeschlagenen Rechtsstellung des Vertrauensarztes gegenüber dem beruflichen Schaffen des Kassenarztes, dessen An- und Verbindungen er überwinden soll, erblickt die Ärzteschaft einen unerträglichen Eingriff in das selbständige Berufsleben. Im Interesse der Betroffenen verwarfe sie sich auch gegen die Ablosung der ärztlichen Hilfe durch eine Gelddiende bei Erkrankung. Sie kämpfe gegen einen weiteren Abbau der Kassenärzte, der die Preisgabe der Jung-Ärzte bedeutet und verwarf sich gegen ein dauerndes Notopfer von 20 Prozent ihrer Berufseinnahmen, das mit der Verfassung unvereinbar sei. Der Verhandlung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung der Ärzte, der Ärzteschaft und ihrer Berufsgerichte, erweise durch die politischen Anschauungen bestimmter Volksteile bedroht. Sie

## Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über deren Raum 25 J., Reklame-Zeile 80 J., Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Anzeigenstellung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverhaltens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Aufs. wird keine Gewähr übernommen.

fei aber zur Vertretung der ärztlichen Belange, zur Ueberwachung der Berufspflichten, zur Fortbildung, zur Schaffung von Wohlfahrts-Einrichtungen und zur Mitarbeit an der öffentlichen Gesundheitspflege und Fürsorge unentbehrlich. Mit allem Nachdruck fordert die Ärzteschaft eine zentrale, alle deutschen Ärzte umfassende Ärzteschaft und eine Ordnung des Berufsrechts durch Reichsgesetz. In größte Erregung seien die Ärzte durch die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe veretzt worden. Diese Reichsgesetzgebung sei unsozial, denn sie belastete die Erziehung. Die Ärzteschaft fordere eindringlich ihre Beseitigung. Die baldige Abschaffung der Kurierfreiheit und der Schutz des Arztes als des sachverständigen Beraters der Volksgesundheit sei eine Kulturfreiheit ersten Ranges.

## Ausland.

Paris, 24. Juni. Das „Echo de Paris“ erfährt, daß zwischen Paris und Kom keine Verhandlungen stattfinden. Die französische Regierung habe es abgelehnt, die Erörterung der Klagenfragen wieder aufzunehmen, solange nicht die noch schwebenden Streitpunkte — tunesisches Statut und indische Grenzregulierung — geregelt werden. Es läßt sich demnach von einer Vertagung diplomatischer Verhandlungen zwischen Kom und Paris sprechen.

## Die Ausnahmegesetzungen für deutsche Auswanderer nach Neu-Guinea.

Genf, 23. Juni. Die heutige Sitzung der Mandatskommission beschäftigte sich mit dem Jahresbericht der australischen Regierung über Neu-Guinea. Hierbei richtete der Vertreter Deutschlands, Dr. Kuppel, an die Mandatsregierung eine Anfrage wegen der Zulassung deutscher Staatsangehöriger in dem Mandatsgebiet. In Neu-Guinea gelten für Deutschland heute noch insofern Ausnahmegesetzungen, als nach einer Verordnung deutsche Staatsangehörige, die vor 1919 in dem betreffenden Mandatsgebiet angekehrt waren, zur Wiedereintritts einer besonderen Genehmigung des australischen Gouverneurs bedürfen. Praktisch hat sich die Verordnung dahin ausgewirkt, daß eine Wiedereintritts nach Neu-Guinea bis jetzt nur selten möglich war. Der Vertreter der australischen Regierung hat auf die Anfrage Dr. Kuppels Erklärungen abgegeben, die die Aussicht eröffnen, daß der als unerträglich empfundene Zustand aufhört. Er hat zwar nicht die Aufrechterhaltung der entsprechenden Vorrichtung angefragt, aber sich dafür verbürgt, daß künftig eine Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger in Neu-Guinea nicht mehr erfolgt.

## Vereinigte Staaten von Indien.

London, 23. Juni. Der zweite Band des Berichts der Simon-Kommission wird heute veröffentlicht. Er enthält einen sorgfamen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan, der das gesamte Gebiet des indischen Verfassungsproblems behandelt. Sein hervorsteckendster Zug ist, daß er Britisch-Indien auf föderativer Grundlage organisieren will. Burma soll ganz von Indien abgelöst werden, da sich dessen Interessen oft genug nicht mit denen von Britisch-Indien decken und die Bewohner von Burma selbst eine solche Losrennung wünschen. Die Provinzen Britisch-Indiens sollen das Höchstmaß von Selbständigkeit erhalten, das sich mit den Interessen der Gesamtheit verträgt. Ihre Politik soll künftig von Provinzial-Kabinetten geleitet werden, die örtlichen Parlamenten gegenüber verantwortlich sind. Die provinziellen gesetzgebenden Körperschaften werden vergrößert, die Zahl der Wahlberechtigten erweitert, auch ein Frauenwahlrecht ist ins Auge gefaßt. Ungeklärt ist noch die Frage, ob man sich für ein Einlammer-System entscheiden will. Die Zentralregierung soll einen elastischeren Charakter erhalten. Die Kabinettsmitglieder werden vom Generalgouverneur selbst gewählt und ernannt. Das Zentralparlament soll sich künftig aus provinziellen Vertretern zusammensetzen und den Namen Bundesversammlung führen. Der Staatsrat wird beibehalten. Die Wahlen zu beiden Körperschaften sollen indirekt sein. Die Nordwest-Provinz soll zum ersten Mal einen gesetzgebenden Rat erhalten. Doch muß im Interesse der Stabilität der Grenzen eine einheitliche Kontrolle bestehen bleiben. Keine unbedingt Voraussetzung für die Entwicklung der Selbstregierung sei, daß das nordwestliche Durchgangstor offen bleibe. Die indische Armee müsse stark genug sein, um diese Aufgabe erfüllen zu können. In diesem Zusammenhang wird gefordert, daß die Kontrolle über die Armee der indischen Regierung entzogen und auf eine Reichsbehörde übertragen wird. Zu beachten ist noch, daß der Plan die Möglichkeit einer Einigung Groß-Indiens in Form eines Staatenbundes vorsieht, der Britisch-Indien und die indischen Staaten umfaßt.

## Nachtritts Waldwins.

London, 23. Juni. Der frühere Gesundheitsminister der konservativen Regierung, Neville Chamberlain, hat mit Wirkung vom 1. Juli den Posten des Vorsitzenden der konservativen Partei an Stelle von Baldwin übernommen. Aus dem Reichswahl zwischen Neville Chamberlain und Baldwin als dem parlamentarischen Führer der Partei ergibt sich, daß Chamberlain wieder zurücktreten will, sobald die von Baldwin als notwendig erachteten Reformmaßnahmen in der konservativen Partei durchgeführt sind.

## Die Lage in Bolivien.

Buenos Aires, 23. Juni. Die „La Prensa“ meldet, teilt die bolivianische Regierung in einem amtlichen Bericht die Eroberung der Stadt Villazon, die der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung war, durch regierungstreue Truppen mit, fügt aber hinzu, der Führer der Revolutionäre, Dinosoja, habe flüchten können. Die Diktation der Eisenbahnstrecke Ruc-

nos Aires-Bolivien übernimmt für Verbindungen mit ...

Uns Stadt und Bezirk

Neuenbürg, 25. Juni. Gestern abend etwa gegen 7 Uhr ...

Neuenbürg, 25. Juni. Firtus- und Jahrmaktrudel werden ...

(Wetterbericht.) Süddeutschland befindet sich im ...

Feldernbach, 25. Juni. Gestern abend gegen 11 Uhr ...

Württemberg

Stuttgart, 24. Juni. (Tagung des Vereins Würt. Förster.) ...

Forstverwalter Schöbel, Zimmerer, Staatsförster ...

Stuttgart, 23. Juni. (Fürsorge für Strafgefangene.) ...

Ludwigsort, 24. Juni. (Großer Japantreib.) ...

Schramberg, 24. Juni. (Falschgeld.) ...

Tübingen, 24. Juni. (Protest gegen studentische Ausschreitungen.) ...

Tübingen, 24. Juni. (Meineid.) ...

Tübingen, 24. Juni. (Stilllegung des Zementwerks ...)

Münchingen, 24. Juni. (Großer Japantreib.) ...

Baden

Frozheim, 24. Juni. Am Montag abend kam auf der ...

Frozheim, 24. Juni. Ein im Vorort Frödingen wohnender ...

Durlach, 24. Juni. Heute nachmittag kurz vor 3 Uhr ...

Karlsruhe, 24. Juni. In einem hiesigen Hotel hielten ...

Offenburg, 21. Juni. Das erweiterte Schöffengericht ...

Carlos Puenia

Roman von Kurt Martin

„Was sind das für Wäher am Griff?“ „Da müssen doch irgendwelche Verzerrungen ...“

Stein griff eifrig nach dem Hund. Es war ein alte ...

„Desmal war der Wirt Regler anwesend. Er kam ...“

am auf der... von Kaffat... ung zu nahe... wohnen... die er an... liden kommen... Es han... fähigkeits... und vorerst... vor 3 Uhr... zur 'Blume'... eines Bier... Der Junge... uderwachten... nem Geschäft... war, auf die... in-Gewohn... stans einem... Seite abgab... herunter und... das Rad. Er... aufhört be... dem Körper... das Unglück... das Ver... furtlos in... zur Stunde... Hotel bieten... de mit einem... Mellicone ist... te. Ein Gast... in ihm auch... iher zu über... ehreter fähig... stände mer... den weichen... ehreter fähig... chreter fähig... nach einem... volle fähig...

deutung, daß bei dem Angeklagten bei seiner Festnahme Würgewaren an beiden Seiten des Halses festgesetzt werden konnten. Ein Rücksicht auf die erheblichen Vorlesungen beantragte der Staatsanwalt eine Justizstrafe von 5 Jahren. Das Gericht sprach unter Zustimmung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 3 1/2 Jahren aus.

### Bermischtes.

**Der Oedinger Dollarregen.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte Bürgermeister Hübner Mitteilung über das der Stadt angefallene Dollar-Erbe des von hier verstorbenen, in Buffalo verstorbenen Triseurs Friedrich Wiest. Es erhält das Engländerstift mit dem damit verbundenen Altvorschein 10 000 Dollar, die neuerbaute Schloßbergstraße 2000 Dollar, unter der Bezeichnung Irma Wiest-Stiftung zur Abhaltung eines jährlichen Kinderfestes für Kinder jugendlicher Konfession 10 000 Dollar. Außerdem erhält die Stadt einen Anteil von dem Nachschuß im voranschätzlichen Betrag von 10 000 Dollar, der auf die angeführten obigen Anstalten verteilt wird. Weiter 27 000 Dollar entfallen in fünf Teilen an Oedingen Einwohner, in der Hauptsumme an Verwandte des Erblassers. Den Dank der Stadt für diese hochherzige Tat sprach der Bürgermeister in gewöhnlichen Worten aus; zum Zeichen der Dankbarkeit erhoben sich alle Anwesenden von ihrem Sitz. — Auch in Amerika legte sich der Verstorbenen ein Heilendes ständes Dentinal durch verschiedene größere Stiftungen.

**Mutter und Sohn als Schwindler.** Die Kaufmannswitwe Julie Komalko ließ sich nach Verhängung einer Gefängnisstrafe in Weimar mit ihrem Sohn Ernst zunächst in Kärnten nieder. Von dort bereiste sie in Begleitung ihres Sohnes und eines Selbstmörder das Kärntner Land, Tirol, Oberbayern, Schwaben und die Schwarzwalddgegend und den Bodensee. In Lindau wurde sie verhaftet. Sie hatte sich ein ganzes Jahr lang eine ungeheure Zahl von Falschwechseln zu schmelzen lassen. Immer unter neuen falschen Namen, wie Frau Dr. Grunthaus, Kaufmannswitwe Dehn, Kommerzienrätswitwe Schlumberger, Frau Direktor Kinsbacher, mietete sie sich mit ihrem Sohn ein, ließ sich ein opulentes Essen verabreichen, blies Miete und jede Schuld, ebenso die Futtergebühren für den Hund und verschwand unter der falschen Angabe, in einigen Tagen wieder zu kommen. Das Schöffengericht Kempfen verurteilte die in der letzten Angeklagten wegen fortgesetzten Betrugs zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und ihren Sohn zu 4 Monaten Gefängnis.

**Wer raucht am meisten?** Das Stat. Reichsamt hat angegeben, daß der Tabakverbrauch der Welt seit Kriegsende sehr hat — um ungefähr die Hälfte — zugenommen hat, nicht bedacht, daß sich der Konsum des einzelnen Mäunders erhöht hat, sondern durch die Tatsache, daß durch den Krieg sich viel mehr Menschen das Rauchen angewöhnt haben, und auch unter den Frauen das Tabakrauchen immer häufiger wird. Mehr als ein Fünftel der gesamten Tabakernte verbleibt in den Vereinigten Staaten. In der Schweiz, in Dänemark und Schweden ist der Tabakverbrauch in den Jahren 1921 bis 1925 gleich geblieben infolge der nachkrieglichen hohen Tabakpreise. Unverändert ist der Verbrauch auch in Deutschland geblieben. Zigaretten und Zigarillos werden von Jahr zu Jahr mehr bevorzugt. In den Jahren 1923 bis 1925 wandte durchschnittlich jeder Amerikaner 36 Kg. im Jahr, 10 Orangen (täglich), jeder Holländer und Belgier 32 Kg., jeder Franzose 17 Kg., jeder Deutsche 16 Kg., jeder Engländer 11 Kg., jeder Österreicher 12 Kg., jeder Japaner 11 Kg.

**Der Geldscheinregen.** Vor einem Monat war in einer Stadt der norditalienischen Stadt Padua auf geheimnisvollste Art eingeschoben worden. Die Diebe hatten ein lauberes Stück Metall gefügt und auch nicht die geringste Spur ihrer nachlässigen Tätigkeit hinterlassen. Als am nächsten Morgen die Post geordnet wurde, fanden die Beamten alles in denkbar sauberster Ordnung vor. Nur dem Kassierer schien die Luft in den Banknoten ausnahmsweise einmal nicht zu gefahren, denn er nicht für äußerst ungewöhnlich nach allen Richtungen um, für er seine gewohnte Arbeit aufnahm. Dabei fiel sein Blick auch auf den halbernen, feinschraffierten Geldschein, und das er sah, ließ ihn zuerst vor Schrecken erstarren und dann einen gelassenen Schrei ausstoßen. Die schwere Stabilität des Geldscheines war nicht — wie es oberflächlich Geizig ist — bemerklich vertrieben, sondern nur leicht angelehnt. Auf dem Schreie des Kassierers hin kitzelten alle Anwesenden um Geldschein, und einige Minuten lang starrten etwa hundert Menschen auf die angelehnte Stabilität, konstatierten sie auf ein unerschöpfliches Mittel, bis es endlich einem Mutigen einfiel, sie ganz aufzuklopfen. Und da war das Mittel gelöst: 10 000 Lire hatten in der Nacht die Bank in den Taschen unbekannter Eindringler verlassen. Tagelang forschte die Paduaner Polizei nach einer Spur der Täter und der verschwindenden 10 000 Lire. Da der Geldschein nicht gewaltsam aufgeknackt, sondern ganz reglos geöffnet worden war, so fiel zum Schluss der einzige Verdacht auf den Kassierer, der allein der Mechanismus der Stabilität konnte. Er wurde also verhaftet, wobei er einen zweiten gelassenen Schrei ausstieß. Doch die Polizei fand in der Folge kein einziges Beweisstück, das die ungewöhnliche Schuld des Kassierers hätte ergeben können, und ihnen schickte sie sich an, den Verhafteten wieder auf freien Fuß zu setzen, als plötzlich ein gewaltiger Gewittersturm über Padua losbrach. Der Sturm brachte heulend über die Stadt, rief einige Schornsteine um, schleuderte Dachziegel auf die Straßen. Dabei geschah es auch, daß sich unter den mannigfaltigen Gegenständen, die vom Wind mitgerissen und herumgewirbelt wurden, zahlreiche Banknoten befanden. Ein ganzer Regen von Geldscheinen ging über einer Straße nieder. Für dieses eigenartige Ereignis begann sich bald die Bevölkerung Paduas sehr zu interessieren, doch auch die Polizei, die sofort Untersuchungen anstellen ließ, um die Herkunft dieser Banknoten aufzuklären. Da stellte sich folgendes heraus: Der Sturm rief sie aus einem Kauerloch, das sich dort unter der Dachrinne eines Hauses befand. Ein großes Paket wurde in diesem Kauerloch entdeckt, dessen Umhüllung sich im Augenblicke gelöst hatte. Circa 100 000 Lire in Banknoten enthielt dieses Paket. Was nun die Herkunft dieses Geldes anfiel, war der einseitige Umstand, daß die Dachrinne mit dem Kauerloch genau über der Wohnung des verhafteten Kassierers herließ. Unter diesem erdrückenden Beweismaterial, das der Sturm geliefert hatte, konnte der Kassierer nicht weiter seine Schuld abwehren. Als man ihm das eigenartige Aufblenden des gelassenen Geldes mitteilte, ließ er einen dritten gelassenen Schrei aus und legte ein unwillkürliches Geständnis ab.

**Rücklicher Regen?** Der holländische Regenmacher Bernart, dem es noch vielen vergeblichen Versuchen gelang, künstlichen Regen zu erzeugen, hat eine Einladung nach Berlin erhalten, um seine Versuche in Deutschland zu wiederholen. Eine große Berliner Kauf als Vertreterin deutscher landwirtschaftlicher Organisationen soll ihn ersucht haben, im Juli drei Vorfühungen in der Provinz Brandenburg zu veranstalten. Er selbst hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt. Dazu wird über einen gelungenen Versuch Versuchs folgendes mitgeteilt: Am 2. Juni ließ Bernart in einem dreimotorigen Fesselballon einen Koffer aufsteigen. An Bord des Flugzeuges befanden sich

1500 Kilogramm unterkühlten Eises, das mit Diste fester Kohlen säure auf eine Temperatur von 78 Grad unter Null gebracht worden war. Dieses pulverisierte Eis wurde über dem Fesselballon aus dem Flugzeug geworfen, als schwere Wolken am Himmel standen. Die durch die Abkühlung erfolgte Kondensation veranlaßte einen künstlichen Regen. Der Versuch wurde von vier Militärfliegern kontrolliert, die sämtlich den Regen wahrnehmen konnten, der sich auf einer Strecke von etwa 10 Kilometern bemerkbar machte.

### Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

**Stuttgart, 24. Juni.** (Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Stadt Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 28 Ochsen, 55 Bullen, 327 Jungbullen (unverkauft 20), 300 (30) Jungkühe, 294 Kühe, 1015 Kälber, 2061 (300) Schweine, 5 Schafe. Erlös aus je 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen a 54—56 (legier Markt —), b 48—52 (—), Bullen a 51—53 (52—54), b 48—50 (48—51), Jungkühe a 56—58 (uno.), b 50—54 (uno.), c 46—48 (—), Kühe a 41—47 (—), b 32—38 (—), c 25—30 (—), d 18—23 (—), Kälber b 81—84 (84 bis 88), c 70—78 (78—80), d 60—68 (—), Schweine a fette über 300 Pfund 58—60 (60—62), b vollfleischige von 240—300 Pfund 60—62 (62—64), c von 200—240 Pfund 63—64 (65—67), d von 160—200 Pfund 63—64 (66—67), e fette Schweine von 120—160 Pfund 60—62 (—), Sauen 46—50 (—) Mark. Marktverlauf: Großvieh mäßig belebt, Hebrant, Kälber mäßig belebt, Schweine schleppend, Ueberstand in letzter Woche.

**Stuttgart, 24. Juni.** (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb: 4 Ochsen, 6 Kühe, 49 Kälber, 20 Foren, 45 Kälber, 328 Schweine. Preise: Ochsen a 54—57, b 50—53, Foren a 54, b und c 52—50, Kühe b und c 42—25, Kälber a 58—61, b 53—50, Kälber b 82—86, c 74—80, Schweine b 65—67, c 66—68 Mk. Marktverlauf: Mäßig belebt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab. Stall für Stadt, Markt- und Verkaufskosten, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

### Neueste Nachrichten.

**Mannheim, 24. Juni.** In Mannheims größter Fabrik, der Zellulosefabrik Mannheim-Waldhof, brach am Dienstag nachmittag Großfeuer aus. Bei einem kurzen Gewitter schlug der Blitz in eine Lagerhalle ein und entzündete die dort lagernde Zellulose. Die etwa 60 Meter lange Lagerhalle stand sofort in Flammen, sobald die ausgekommenen Gase sich nur darauf beschränken mußten, den Funkenflug einzudämmen. Verbrannt sind etwa 800 Tonnen in Ballen fertig verpackte Zellulose. Der Gesamtschaden beträgt über zwei Millionen Mark. Die Fabrikfeuerwehren der Umgebung und die Berufsfeuerwehren richteten die Gase ab. Gegen 1/8 Uhr fiel die eine Seitenwand um, so daß das Feuer freie Bahn hatte. Man rechnet damit, daß es mindestens noch einhalb Tage brennen wird. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt. In der Halle lagerte Fertigware, so daß der Betrieb in keiner Weise gestört, sondern im Gegenteil die Produktion in erhöhtem Maße aufgenommen wird, um die Vorräte wieder zu ergänzen.

**Wiesbaden, 24. Juni.** Nach einer Meldung der Reichsvermögensverwaltung sind heute die Orte Oppenheim, Alzen, Frankfurt a. M., Höchst, Oberkell, Ddar, Tüchsmühle, Bickenfeld, Kira, Bingen und Worms von Besatzungstruppen, Gendarmen und Sibirienpolizei vollständig frei geworden.

**Wiesbaden, 24. Juni.** Kurz vor der Einfahrt in den Hauptbahnhof Mainz ist gestern vormittag ein aus Alzen kommender Personenzug auf einem mit Kohlen beladenen Personenzug aufgefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Reisende lebensgefährlich verletzt und fünfzehn verletzt.

**Hamburg, 24. Juni.** Der deutsche Dampfer „Calablanca“ ist am Sonntag am westlichen Eingang des Kermiskanals bei dichtem Nebel von dem englischen Dampfer „Henry Stanley“ gerammt und so schwer beschädigt worden, daß er kurz darauf gesunken ist. Die Behauptung ausbreiteter Meldungen, daß der englische Dampfer gerammt worden sei, trifft nicht zu. Die 25köpfige Besatzung und die beiden einzigen Passagiere der „Calablanca“ sind von dem Engländer übernommen worden und befinden sich wohl. Auch der englische Dampfer hat schwere Beschädigungen erlitten, konnte jedoch seine Reise nach Rotterdam fortsetzen, wo die Schiffbrüchigen gelandet werden sollen.

**Bregenz, 24. Juni.** Im Prozeß gegen den Bahnarzt Dr. Guttman wegen Ermordung seiner zweiten Frau hat Rechtsanwalt Dr. Frey gegen das gestern gefällte Todesurteil Revision eingelegt. Er sieht das Urteil in vollem Umfang an und betont, daß das Gericht die Person des Angeklagten nicht richtig beurteilt habe. Ueber Guttmanns Geistesverfassung seien neue starke Zweifel aufgetaucht.

**Wien, 24. Juni.** In Anwesenheit des Bundespräsidenten Miklas, des deutschen Botschafters, des neuen österreichischen Handelsministers Dr. Schupfers und unter großer Beteiligung von Mitgliedern aus Deutschland, Osterreich und der Tschechoslowakei eröffnete der Deutsche Werkbund heute mit einer feierlichen Sitzung im Jeronimonial der Hofburg seine 19. Jahresversammlung. Der Bundespräsident hieß die Teilnehmer an der Tagung herzlich willkommen und sprach den Wunsch aus, daß Osterreich den Ostern ein Stück Heimat sein möge.

**London, 24. Juni.** In dem Zentralgefängnis von Rangoon in Indien wurden heute bei dem verheerenden Ausbruch von Gefangenen zehn Personen getötet. Als eine Anzahl von Gefangenen, die in einem Arbeitshaus beschäftigt waren, sich zum Empfang des Mittagessens begaben, stürzten sie sich plötzlich auf die Torwächter, überrommen sie und töteten sechs von ihnen. Mit den Gemetzten der Gefangenen bewaffnet, bahnten sie sich den Weg bis zum äußersten Tor, das ein halbes Duzend Wächter gegen eine Uebermacht von mehreren hundert Gefangenen verteidigte, bis in aller Eile das herbeigerufene Militär das Gefängnis vollständig umzingelt hatte. Die Gefangenen zogen sich daraufhin in das Arbeitshaus zurück, von wo aus sie unaufhörlich schossen, bis die Munition zu Ende war. — Bei dem Kampf zwischen den meuternden Häftlingen und der Militärpolizei wurden getötet: 2 Wachtposten, 2 Militärpolizisten, ein Chauffeur und 40 Gefangene, verletzt wurden 11 Wächter und 60 Gefangene.

**London, 24. Juni.** Der englische Negler Kingsford Smith ist heute morgen gegen 1/5 Uhr mit seinem Flugzeug „Kreuz des Südens“ von Bochara bei Dublin nach Amerika gestartet.

**New-York, 24. Juni.** Hier sind mehrere Funkprüche von dem Flugzeug „Kreuz des Südens“ aufgenommen worden, aus denen hervorgeht, daß an Bord alles in Ordnung ist. Das Flugzeug hat auf seinem Weg zahlreiche Schiffe gesichtet. Es fliegt mit einer Geschwindigkeit von rund 140 Kilometern gegen den Wind. Der letzte Funkpruch war um 8 Uhr früh MEZ. aufgenommen. Nach einem Funkpruch aus Hallfast (Neuschottland) gab „Kreuz des Südens“ folgende Standortmeldung: 40,30 Grad nördlicher Breite und 36 Grad westlicher Länge. Damit war die Hälfte des Weges zurückgelegt.

**New-York, 24. Juni.** An der New-York Stock Exchange, dem führenden Wertpapiermarkt der Vereinigten Staaten, kam es am Dienstag zu einem neuen allgemeinen Rückgang der Kurse, der bei einzelnen Papieren 1/2 Dollar betrug. Eine ganze Reihe von Werten am Aktienmarkt ging auf einen neuen Tiefstand zurück. Der Umsatz erreichte allein in der letzten Viertelstunde des Börsenverkehrs rund eine Million Stück (Gesamtumsatz am Montag 3832000 Stück).

### Die Hämmung der Wala.

**Landau, 24. Juni.** Gemäß einem Divisionsbefehl des Generals Mangin findet hier ab morgen nochmals eine große Parade der noch anwesenden französischen Besatzungstruppen statt. Anschließend werden die Truppen nach Frankreich verladen. General Mangin wird am gleichen Tage dem Bürgermeister von Landau seinen Abschiedsbesuch machen, um ab dann mit seinem Stab die Wala gleichfalls zu verlassen. Heute vor-

mittag wurde von den französischen Truppen auf dem Militärfriedhof noch eine Feier veranstaltet, bei der Kränze niedergelegt wurden. Die städtische Festhalle, das Militärlazarett und ein Teil der bis jetzt benutzten Kasernen wurden heute zurückgegeben. Der Generalstab in Mainz wird, wie auf Erhebung bei französischen Stellen mitgeteilt wird, Mainz erst am 30. Juni verlassen.

### Die Aufgaben des Weltprotestantismus.

**Kugoburg, 24. Juni.** Die europäische Zentralkonferenz für kirchliche Diskussionen ist hier anlässlich der Jubiläumsspektakel unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Dr. Jürgensen-Kopenhagen zusammengetreten und beschäftigt sich mit dem Plan einer internationalen protestantischen Kreditgenossenschaft. Die Organisation dieser Genossenschaft ist abgeschlossen und wird, sobald die beteiligten Länder und Kirchen die auf sie entfallenden Mittel aufgebracht haben, in Tätigkeit treten. Ihre Aufgabe besteht darin, den notleidenden protestantischen Gemeindefonds Darlehen zu gewähren. Im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung sprach im überfüllten Plenarsaal der Leiter der europäischen Zentralkonferenz, Prof. Dr. Adolf Keller, über die Aufgaben des Weltprotestantismus in der Gegenwart. Diese Aufgaben, so erklärte der Redner, seien keine Fragen der Macht und der Organisation, sondern sie seien aus geschichtlicher Notwendigkeit geboren. Sie gipfelten in dem großen Ziele, gegenüber dem Vordringen des Säkularismus nicht nur einen protestantischen Block zu errichten, sondern eine allgemeine christliche Front über die Grenzen der Konfessionen hinweg zu schaffen. Generalsekretär N. Videllus-Berlin sprach über die gegenwärtige Lage des Protestantismus in Deutschland. Er verwies auf die wirtschaftliche Not, die die Handlungsfreiheit der Kirche überall einzwang, und behandelte auf die Falschung der politischen Lage, die es der Kirche schwer mache, ihre Selbständigkeit und politische Neutralität zu wahren. Der Redner warf noch einen Blick auf den Religionskampf in Rußland, der auch nach Deutschland überzugreifen beginnt und die protestantische Kirche mehr als je zu einer kämpfenden Kirche mache.

### Nordprozeß Kärnten nicht vor Ende des Jahres.

**Offen, 24. Juni.** Das Schuldbüro des Nordprozeßes hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Hauptverhandlung wohl kaum vor Ende d. J. stattfinden kann. Nach dem bisherigen Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen werden die Kärnten nicht weniger als 80 Verbrechen, 11 Morde, 33 Mordversuche und 36 Brandstiftungen zur Last gelegt. Wie die „Abendliche Westfälische Zeitung“ meldet wird auch die Brandstiftung bei Kaiserwerth, bei der im Jahre 1925 zwei Handwerksburschen den Tod fanden, Kärnten zur Last gelegt. In diesem Falle würde Auflage wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Doppelmord erhoben werden, da Kärnten eingestanden hat, er habe Hände angelegt, um Leute, die in den Schwestern schliefen, zu verdrängen. Sollte sich die Schuld Kärntens auch in diesem Falle erweisen, so würde sich die Zahl seiner Opfer auf 13 erhöhen.

### Die Biersteuer.

**Dresden, 24. Juni.** Reichsjustizminister Dr. Brödel erklärte hier in einer Wahlverlesung der Wirtschaftspartei die letzte Erhöhung der Biersteuer habe sich als vollkommener Fehlschlag erwiesen. In Bayern sei zwar der Verbrauch nicht zurückgegangen, wohl aber in Norddeutschland, so daß heute nicht mehr an Steuern eingehe als vor der Erhöhung. Auch die Tabaksteuer-Erhöhung sei ein Schlag ins Wasser gewesen. Die Regierung verleihe den Dausbalt durch Senkung der Ausgaben ein Gleichgewicht zu bringen. Da über 80 Prozent der Ausgaben auf Personallohn entfallen, müsse eine Senkung der Gehälter erfolgen. Das sei der Sinn des Rotopfers.

### Aufträge der Post.

**Berlin, 24. Juni.** Die Deutsche Reichspost will im Rahmen der Rotgeleise demnächst umfangreiche Beschlüsse über das statmäßig vorgegebene Programm hinaus an die in Frage kommenden Industriezweige erteilen. Die Verhandlungen sind inzwischen so weit gediehen, daß sich der Verwaltungsrat der Reichspost bereits in einer Sitzung am kommenden Freitag mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Von besonderem Interesse ist dabei die Tatsache, daß der Reichspostminister für die Auftragserteilung gewisse Bedingungen an die Industriezweige (Telefon, Telegraphen, Kabel, Bagagen, Kraftfahrzeug- und Bauindustrie) gestellt hat. Im Rahmen der Lohn- und Preisregelungsaktion sollen sich die Industriezweige einmal dazu bereit erklären, einen Preisnachlaß im Ausmaß von durchschnittlich 10 Prozent vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, aufgrund der Sonderbestimmungen Arbeiter einzustellen, denn es sei in erster Linie Sinn und Zweck des Rotoprogramms, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

### Abstimmungen im Reichstag.

**Berlin, 24. Juni.** Im Reichstag wurde heute die Debatte über Ernährungssetat und Obhilfe fortgeführt. Der Demokrat Rönneberg empfahl als Kommissar für Ostpreußen die Vorlage unter Hervorhebung des preußischen Anteils an diesem Werk. Minister Schiele ließ sich nochmals über die Durchführungsmaßnahmen aus und versicherte, man werde Bedacht darauf nehmen, daß die für sie verantwortlichen Instanzen von politischer Beeinflussung sich freihalten. Die Ausfrage wurde unterbrochen durch stundenlange Abstimmungen, die mit der Verabschiedung des Innenetats, des Dausbalt für die besetzten Gebiete und des Arbeitsministerium endeten. Für den Antrag, das Stahlhelmsverbot in Weimarer und Weimarer aufzuheben, fand sich keine Mehrheit. Das Amnestiegesetz, das die Einziehung der sogenannten Fremdmörder verfügt wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten in zweiter Lesung gebilligt. Die Agrar- und Obhilfe, der sich das Haus dann wieder zuwandte, zog sich bis in die Abendstunden hin, da immer neue Redner das Wort verlangten, obwohl die Judderrichtung auf Inapp zwei Duzend zusammenkam. Morgen soll die Beratung zu Ende geführt werden. Wenn möglich, wird man sich dann gleich dem Dausbalt des Auswärtigen Amtes zuwenden.

### Die drei neuen Botschaften gestrichen.

**Berlin, 24. Juni.** Der Dausbaltkonferenz des Reichstags nahm am Dienstag eine Reihe erheblicher Streichungen an dem Dausbalt des Auswärtigen Amtes vor. Zunächst wurden die drei neuen Botschaften gestrichen in Rio de Janeiro, Santiago und Buenos Aires gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestrichen. Ein Antrag, auch den Botschafterposten beim Heiligen Stuhl zu streichen, wurde abgelehnt. Im Dausbaltplan des Auswärtigen Amtes wurden 27 Millionen für Zulagen gestrichen. Bei den persönlichen Verwaltungsausgaben für die Vertretung des Reiches im Ausland wurden eine halbe Million Mark gestrichen. Der Posten für die Gesandtschaft in Tirana wurde ebenfalls gestrichen. Es soll in Tirana lediglich ein Konsulat errichtet werden.

### Die Beratungen über das neue Reichsfinanzprogramm.

**Berlin, 24. Juni.** Das Reichskabinett hat heute abend um 8 Uhr getagt, um sich über das Finanzprogramm zu ber-

händigen, das der bisherige Wirtschaftsminister Dietrich, den man jetzt allgemein als den kommenden Finanzminister erwartet, durchführen wird. Um 11 Uhr abends dauerte die Sitzung noch an. Das Programm dürfte etwa folgendermaßen aussehen: Ein Klotz für die Beamten, das die kleinen Einkommen bis zu 2000 Mark freiläßt und aufwärts je nach der Höhe von 2 bis 3 Prozent gesteuert ist. Für die übrigen Einkommen erwartet man einen etwa 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer. Dazu kommen die Vermögenssteuer und die Verzehrenteuer. An die Stelle der Verzehrenteuer wird der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die bereits wiederholte Bürgerabgabe, treten, die von jedem Wahlberechtigten in Höhe von etwa 5 bis 9 Mark jährlich erhoben werden soll, und deren Aufkommen man mit etwa 200 Millionen berechnet. Außerdem legt die Volkspartei den Einsparnisabsichten des Dietrichschen Programms, das etwa 100 bis 120 Millionen Abstriche am Etat vorsieht, die Forderung auf eine fünfprozentige Einsparung am Gesamtetat entgegen, die etwa eine halbe Milliarde ergeben soll. Ob die Volkspartei mit ihren Forderungen durchkommt, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft. Jedenfalls haben die bisherigen Besprechungen zwischen Dr. Schulz und dem Kanzler noch keine Anhaltspunkte für eine neue Verhandlung ergeben. Der Gegensatz zwischen Kabinett und Volkspartei besteht vielmehr un verändert fort. Unter diesen Umständen sieht man dem Ergebnis der heutigen Kabinettsitzung und der parlamentarischen Entwicklung der nächsten Tage mit erheblicher Spannung entgegen.

#### Die Vertagung der Kabinettsitzung.

Berlin, 21. Juni. Allgemein war heute abend erwartet worden, daß das Reichskabinett in seiner Nachsitzung, die sich bis gegen 1 Uhr erstreckte, zu Beschlüssen kommen würde, durch die die politische Lage nach der einen oder anderen Seite geklärt würde. Das Kabinett ist aber noch nicht über die allgemeine Aussprache hinweggekommen, die das Ziel hat, ein Kompromiß zwischen dem Programm von Minister Dietrich und den Forderungen der Deutschen Volkspartei herbeizuführen. So viel steht jetzt jedenfalls fest, daß zu den Vorschlägen, die der Reichszugler dem Reichspräsidenten unterbreiten will, auch die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister bestehen wird. Der sachliche Ausgleich zwischen den Auffassungen der Parteien muß jedoch noch gefunden werden. Eine Parteienführerbesprechung hat der Kanzler nicht in Aussicht genommen, dagegen ist wohl anzunehmen, daß bis zur morgigen Kabinettsitzung nochmals mit der Deutschen Volkspartei Verhandlung genommen wird, um die Möglichkeiten einer Verständigung weiter zu überprüfen. Die Einzelheiten über den sachlichen Inhalt der Kompromißbemühungen werden naturgemäß geheim gehalten, um den Fortgang der Verhandlungen nicht zu stören und zunächst den Reichspräsidenten zu unterrichten, ehe sie der Öffentlichkeit gegeben werden.

#### Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Berlin, 21. Juni. In der ersten Hälfte des Juni hat sich nach einem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung für die Zeit vom 1. bis 15. Juni 1930 der Rückgang der Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter abgeschwächt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung gab in der ersten Hälfte des Mai noch um 130 000, in der zweiten Hälfte um nicht ganz 80 000 nach. In der Berichtszeit nahm sie jedoch nur noch um rund 45 000 ab. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krisenunterstützung um rund 15 000 gegenüber, sondern auch die Zahl der verlässlichen Arbeitsuchenden hat zum erstenmal wieder seit Anfang März d. J. eine geringe Erhöhung um etwa 12 000 erfahren. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 506 804, in der Krisenunterstützung

351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Ueberlagerung der Unterstützungsfiguren ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni (875 000) weiterhin, wenn auch langsamer, angewachsen.

#### Die direkten Verhandlungen über den Preis- und Lohnabbau gescheitert.

Berlin, 21. Juni. Wie in politischen Kreisen verlautet, sind die direkten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über das Problem der Preis- und Lohnsenkung, die trotz aller Schwierigkeiten bisher immer noch in der Schwebe gehalten wurden, nun doch als beendet anzusehen. Es wurde heute vereinbart, daß der Reichswirtschaftsrat diese Fragen weiter bearbeiten soll. Die notwendigen Schritte dazu sind bereits eingeleitet. Damit sind also die direkten Verhandlungen gescheitert. Dieser Abschluß geht auf eine Erklärung der freien Gewerkschaften zurück, in der betont wird, daß weitere Besprechungen keinen Zweck hätten, weil sie nur in einer Atmosphäre des Vertrauens geführt werden könnten, während die Arbeitgeber durch eine Reihe von Maßnahmen in der letzten Zeit starkes Mißtrauen geschaffen hätten. Sie seien darin bekräftigt worden durch gewisse Anträge der Deutschen Volkspartei im Reichstag. Die Arbeitgeber nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und darauf folgte dann ein Beschluß, die weiteren Verhandlungen an den Reichswirtschaftsrat abzugeben. In wirtschaftlichen Kreisen wird diese Entwicklung sehr bedauert, da man sich ursprünglich von direkten Verhandlungen einen besseren Erfolg versprochen hatte, als er vom Reichswirtschaftsrat zu erwarten sein dürfte.

#### „Graf Zeppelin“ mit 40 Passagieren über Breslau.

Berlin, 21. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag morgen um 8 Uhr 05 zur Schlesiensfahrt gestartet. An Bord befinden sich 60 Passagiere. Um 8 Uhr 58 überflog das Luftschiff Hirschholde, kurz nach 9 Uhr wurde es über Frankfurt a. M. gestoppt. Um 9:38 Uhr wurde Guben überflogen, und kurz nach 10 Uhr konnte Rottbus das Luftschiff begrüßen. Auf dem Rückflug von Oberlesien erreichte „Graf Zeppelin“ um 15:45 Uhr Breslau und kreuzte längere Zeit in geringer Höhe über der Stadt. Kurz nach 16 Uhr erschien das Luftschiff über dem Flugplatz Gaudau, wo ein Beutel mit Post abgeworfen wurde.

Berlin, 21. Juni. Wie die Zeitung des „Graf Zeppelin“ an die Zeitung des Flugzeugbauers Junkers telegraphisch mitteilt, wird „Graf Zeppelin“ kurz nach 19 Uhr eintreffen und bis 22 Uhr Wasserstoffgas und Betriebsstoff einnehmen. Um 22 Uhr soll die Rückfahrt angetreten werden. Nachdem das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gegen 19 Uhr über Berlin sichtbar wurde und über der Stadt ungefähr eine halbe Stunde kreuzte, landete es nach erfolgloser Schlesiensfahrt um 22 Uhr abends in Aachen. An der nächsten Rückfahrt nach Friedrichshafen werden 21 Passagiere teilnehmen.

#### „Graf Zeppelin“ zur Heimfahrt gestartet.

Berlin, 21. Juni. Nachdem die letzten Vorbereitungen für die Rückkehr beendet waren, stieg „Graf Zeppelin“ um 21:35 Uhr unter den Klängen des Deutschlandliedes zu seinem nächsten Flug nach dem heimathlichen Friedrichshafen auf. Dr. Schener hat die Führung des Schiffes selbst übernommen. Nach einer kurzen Schleiße verließ das Luftschiff in nördlicher Richtung, bekräftigt von sämtlichen Scheinwerfern des Flugplatzes, von den Zuschauern riesig begrüßt. Die Wettermeldungen sind für den Weg des Luftschiffes nicht besonders günstig, doch hofft die Zeitung durch einen kleinen Umweg dem Tief auf dem direkten Weg auszuweichen.

#### Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Breslau, 21. Juni. Der Hauptauschuß des Industrie- und Handelstages trat heute hier zu seiner Sommertagung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Karl v. Wendt zusammen. Nach Begrüßung der Teilnehmer, sowie der Reichs- und Staatsbehörden betonte der Präsident, daß zur Beilegung der Not des Landes baldige ernsthafte Gegenmaßnahmen erforderlich wären. Nachhaltig könne der Staat nur aufgrund einer sich erneuernden und erhaltenden Gesamtwirtschaft abgeholfen werden. Der tiefe Niedergang der deutschen Volkswirtschaft zwingt dazu, alle Illusionen zu bannen, sowie eine überparteiliche, lediglich auf das Gesamtwohl gerichtete Finanzpolitik mit strengster Sparsamkeit zum Ausgleich des öffentlichen Haushalts zu betreiben und weitere steuerliche Demagungen der Kapitalverfertigung der produzierenden Wirtschaft unter allen Umständen zu vermeiden.

#### Grandi über Oesterreich.

Rom, 21. Juni. Im Senat erklärte bei der Debatte über den italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsvertrag der Berichterstatter, Senator Artom, daß die geistige und moralische Einheit mit der unabhängigen Republik auch die geistige und moralische Einheit mit dem deutschen Volk bedeute, mit dem Italien durch so enge Bande der historischen Tradition und Kultur verbunden sei. Nach dem Berichterstatter ergreift Außenminister Grandi das Wort, der hinzufügt: Die Unterzeichnung dieses Vertrages, mit dem eine neue Beziehung zwischen Italien und unserer Nachbarrepublik beginnt, ist ein demeritenswertes Ereignis. Seine Bedeutung übersteigt die an und für sich wichtigen Einzelbestimmungen des Vertrages selbst, wonach beide Länder sich verpflichten haben, das Schiedsgerichtsverfahren zur Lösung eventueller Streitigkeiten anzuwenden. Die falschliche Regierung hat die recht ein klares Urteil über die Bedeutung Oesterreichs in Zentral- und Ost-Europa gehabt und hat mit vertrauensvollem Interesse die Anstrengungen verfolgt, die Oesterreich für seinen wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Wiederaufbau unternimmt und unternimmt. Der neue österreichische Staat stellt wegen seiner geographischen Lage, seiner jahrhundertalten Kultur sowie seiner Hauptstadt, der Arbeitsfreudigkeit seiner Bevölkerung einen der wichtigsten Faktoren in der politischen und wirtschaftlichen Situation Zentral- und Ost-Europas dar. Das nicht unerleichte Wiederaufbauprogramm im letzten Jahrzehnt ist ein sehr beachtliches Zeugnis für die Art, mit der die Republik die Härten seiner finanziellen Unabhängigkeit wird zukünftig zu ertragen wissen. Wir sind sehr überzeugt, so schloß Minister Grandi seine Ausführungen, daß das einzig wahrhafte, wirksame Mittel, um dem Friedensgedanken zu dienen, darin besteht, die Beziehungen des Vertrauens und der Freundschaft unter den Nationen auf dem Boden voller Gleichberechtigung herzustellen, wobei man die Interessen jedes einzelnen Staates zu würdigen. Im großen Wert der europäischen Wiederaufbauung dürfte die konkrete Aktion Italiens nicht verkannt werden. Sie wird von allen jenen richtig eingeschätzt, denen die Sache des Wiederaufbaues Europas und der Weltfriede sehr am Herzen liegt. Die Nationen, die mit Italien Freundschaftsverträge abgeschlossen haben, wissen, daß sie in jedem Augenblick und bei jeder Gelegenheit auf die treue Freundschaft des falschitischen Italiens rechnen können.

Neuenbürg, 21. Juni. Die Bahnverwaltung tritt mit: In der Nacht vom Samstag zum Sonntag den 21. Juni 1930 verkehren die Personenzüge 98 Pforzheim-Süd- und 107 Pforzheim-Caltz 35 Minuten später als im Fahrplan vorgelesen ist.

#### Inferate heben den Umsatz!

### Zwangs-Versteigerung.

Am Donnerstag den 26. Juni 1930, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in Schömberg öffentlich gegen Barzahlung:

- Einen Elektromotor, fahrbar.
- Zusammenkunft am Rathaus im Schömberg.
- Hüdenbrand, Gerichtsvoollzieher.

### WILDBAD im Schwarzwald

Am Donnerstag den 26. Juni 1930 von 20.30 Uhr ab günstiger Witterung

### Große Enz-Promenade-Beleuchtung mit 2 Musikkapellen

22.58 Uhr Sonderzug nach Pforzheim mit Halt auf den Zwischenstationen und Anschluß nach Stuttgart und Karlsruhe.

### Gesucht werden

zum baldigen Eintritt einige

### Werkstatt-Schreiberinnen

Nur Kräfte, die an ein pünktliches, gewissenhaftes und schnelles Arbeiten gewöhnt sind, vor allem im Schreiben und Rechnen, wollen sich schriftlich bewerben.

Alfred Gauthier, Calmbach.

Neuenbürg, den 24. Juni 1930.

### Danksagung.

Für die überaus große Anteilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Eugen Laich sen.

Sagen wir herzlichen Dank. Ganz besonders danken wir für die zahlreichen Kranzspenden und für die ehrenden Nachrufe der Fa. Oskar Schenk, Birkenfeld, und deren Angestellten, Meister, Vorarbeiter, Kollegen und Kolleginnen, sowie des Holzarbeiterverbandes und für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Luise Laich.

### Bruchleidende

### + Spranz-Band +

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte (Deutsches Reichspatent). Kein Gummiband, ohne Feder und ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig für alle Arten von Brüchen. Letzte vollste Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Kertzlich begutachtet. Mein Vertreter ist wieder mit Rüstern für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) kostenlos zu sprechen am Freitag den 27. Juni 1930 in Neuenbürg im Gasth. z. „Bären“ von 11-12 Uhr. Der Erfinder und alleinige Hersteller: Hermann Spranz, Unterkochen (Württemberg).

### Apfelwein - Obstmost

Jacob Sauer, Großkellerei, Pforzheim. Altstädterstr. 1. Fernsprecher 3107. Fässer leihweise.

### Orchester-Verein Neuenbürg.

Am Donnerstag den 26. Juni 1930, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthof zum „Bären“ in Neuenbürg ein

### Lichtbilder-Vortrag

statt über: „An den Wassern des alten Karthago“ von Herrn Professor Jakob aus Pforzheim mit musikalischen Darbietungen vom Streichquartett des Harmonie-Orchesters, Pforzheim.

Unkostenbeitrag: Mitglieder mit Angehörigen je 1.— M. Nichtmitglieder RM. 1.20.

Unsere Mitglieder, sowie Gönner und Freunde unserer Bestrebungen, sind hierzu freudl. eingeladen.

Der Ausschuß.

### Württ. Forstamt Langenbrand. Nadel-Stammholz-Berkauf.

Aus dem ganzen Forstbezirks werden in Losen von 5 bis 70 Festm. freihändig verkauft: Fm.: Langh.: 225 I., 310 II., 280 III., 170 IV., 230 V., 150 VI. Kl. und 180 Fm. Sägholz. Auskunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt, Fernruf Schömberg Nr. 30.

### Wildbad. Jüngeres Mädchen

für leichte Arbeiten zu sofortigem Eintritt gesucht.

Hotel „Gold. Roß“.

### Langenbrand. Verkaufe einige Bienenvölker,

Bad. Maß. Fr. Bollc.

### Forstamt Neuenbürg. Reifig-Berkauf

Am Freitag den 27. Juni 1930, vormittags 8 Uhr, kommen an der Schwabhauser Mühle zum Verkauf: Aus Staatswald Abg. 50 Volzemer Stein: 22 Loh Schlagabraum, geschätzt 1500 Wellen und 64 Nm Abfallholz; aus Abt. 72 Trüßbochhalden 8 Flächenlose, geschätzt zu 1100 Wellen Nadelholzreifig.

### Zigarren

Zigaretten, Tabake in allen Preislagen und Packungen.

### E. Lindemann

Neuenbürg, Tel. 191.

### H. M. „Gr. Baum“

